

Stížnosti občanů v komunistickém Československu/Citizen Complaints in Communist Czechoslovakia. Soudobé dějiny 29 (2022) 1.

Ústav pro soudobé dějiny, Praha 2022, ISSN 2695-0952.

Wie lässt sich die langjährige Stabilität kommunistischer Regime in Ost(mittel)europa erklären? Diese Frage ist in der historischen Forschung keineswegs neu, die Diskussion darüber jedoch noch nicht beendet. Nachdem weder staatliche Repressalien noch Gesellschaftsbefriedung durch Konsum und soziale Sicherung als alleinige Erklärungsansätze überzeugen konnten, wandte sich die Forschung in den letzten Jahren verstärkt der Interaktion von Bürger:innen mit den Herrschenden sowie individuellen „eigen-sinnigen“ Aneignungen offizieller Diskurse zu. Als historische Quellen rückten damit Briefe von Bürger:innen an den Staat ins Zentrum der Aufmerksamkeit.

Diese sind in vielerlei Hinsicht eine herausfordernde Quellengattung: In den Archiven liegen Tausende solcher Schreiben und ihre Repräsentativität ist schwer einzuschätzen – schließlich weiß man nicht, wer nicht an den Staat geschrieben hat.

Das vorliegende Themenheft der Zeitschrift „Soudobé dějiny“¹ präsentiert (Teil-) Ergebnisse des am Ústav pro soudobé dějiny AV ČR (Institut für Zeitgeschichte der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik) angesiedelten Projekts „Pohyblivé hranice diktatury ve světle stížností a anonymních dopisů československých občanů v letech 1948 až 1989“ (Die beweglichen Grenzen der Diktatur im Lichte von Beschwerden und anonymen Briefen tschechoslowakischer Bürger in den Jahren 1948-1989). Es zeichnet sich dadurch aus, dass die Autoren Tomáš Vilímek und seine Kollegen das System des „public letter writing“² als Ganzes unter die Lupe nehmen. Bisherige Studien hatten sich auf eine Analyse der Briefinhalte konzentriert.

In vier thematisch sehr unterschiedlichen Beiträgen beleuchten die Autoren, wie diese spezifische Kommunikation zwischen dem Staat und seinen Bürger:innen funktionierte und wer konkret an ihr beteiligt war.

Tomáš Vilímek und Václav Rameš geben in ihrem einführenden Beitrag (S. 17-42) einen Überblick über das Forschungsfeld sowie Potenziale und Herausforderungen der Analyse von Beschwerdebriefen als historischer Quelle. In Anlehnung an Thomas Lindenbergers Konzept der „Diktatur der Grenzen“³ argumentieren sie, dass Briefe als Quellen des Alltags Antworten auf die Frage geben können, wo die Grenzen staatlicher Herrschaft zu bestimmten Zeitpunkten verliefen. In einer konzisen Auswertung der internationalen Forschung skizzieren die Autoren die beiden wichtigsten Interpretationsansätze zum Beschwerdewesen in kommunistischen Regimen: Zum einen könne es als Mechanismus der Herrschaftsstabilisierung „von oben“

¹ Das Heft ist im Open Access zugänglich unter <https://sd.usd.cas.cz/contents/sod/2022/01.pdf> (letzter Zugriff 02.07.2022).

² Der Begriff geht zurück auf *Fitzpatrick*, Sheila: *Supplicants and Citizens. Public Letter-Writing in Soviet Russia in the 1930s*. In: *Slavic Review* 55 (1996) 1, 78-105.

³ *Lindenberger*, Thomas: *Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung*. In: *Ders.* (Hg.): *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der Diktatur*. Köln 1999 (Zeithistorische Studien 12) 13-44.

betrachtet werden, gaben die Briefe doch Auskunft über Unzufriedenheit in der Bevölkerung und ermöglichten es dem Staat so, soziale und gesellschaftliche Konflikte frühzeitig zu erkennen und gegebenenfalls zu befrieden. Zum anderen bot die Korrespondenz mit dem Staat den Absender:innen die Möglichkeit, mit diesem über ihre individuellen und gruppenbezogenen Interessen in Verhandlung zu treten, wobei sie sich ideologische Diskurse „eigen-sinnig“ aneigneten. Letztlich, so argumentieren die Autoren, konnte das Beschwerdesystem die staatliche Herrschaft so lange stabilisieren, wie der Staat in der Lage war, auf die Briefe adäquat zu reagieren. Sie plädieren dafür, die Briefe als Quellen für den Wandel von Wertehaltungen, Einstellungen und Mentalitäten der Akteur:innen zu analysieren.

Tomáš Vilímek gelingt in seiner folgenden Studie „Vážený soudruhu prezidentě: Stížnosti československých občanů adresované prezidentovi republiky v letech 1970-1989“ („Sehr geehrter Genosse Präsident: Beschwerden tschechoslowakischer Bürger an den Präsidenten der Republik 1970-1989“, S. 43-89) ein wichtiger empirischer Beitrag zum Forschungsfeld: eine systematische Auswertung eines Briefkorpus⁴ nach angesprochenen Themen und der Sozialstruktur der Absender:innen. Dazu analysiert er die Briefe, die die Bevölkerung während der Zeit der Normalisierung (normalizace) an den Staatspräsidenten verfasste, der in der Tschechoslowakei einer der beliebtesten Adressaten von Eingaben und Beschwerden war. Das Ergebnis ist zum einen eine detaillierte statistische Übersicht über Sozialstruktur, Geschlecht und Nationalität der Absender:innen über den gesamten Untersuchungszeitraum. Sie zeigt, dass 40 bis fast 50 Prozent der Absender:innen Rentner:innen waren, Frauen häufiger schrieben als Männer und auch andere Themen vorbrachten (Frauen schrieben eher über Belange der Sozialfürsorge, Männer über arbeits- oder eigentumsrechtliche Anliegen), und der tschechische Teil der Bevölkerung gegenüber dem slowakischen, auch in Relation zur jeweiligen Bevölkerungsgröße, deutlich überrepräsentiert war. Zum anderen wertet Vilímek den Inhalt der Briefe aus und identifiziert Wohnungsnot, Sozialpolitik (v. a. Rentenfragen), Arbeits- und Lohnfragen, Passangelegenheiten und das Bildungswesen als häufige Themen. Die statistische Auswertung ergänzt er um Fallstudien, mit denen er für jedes dieser Felder beleuchtet, wie die Kommunikation zwischen Beschwerdeführer:innen, Präsidialkanzlei und den für die Lösung des Anliegens zuständigen Ministerien und Nationalausschüssen funktionierte, wo Beschwerden gelöst werden konnten und wo dies scheiterte. Dazu gibt er einen Einblick in die Organisation und Arbeitsweise der mit den Beschwerden befassten eigenen Abteilung der Präsidialkanzlei. Nur ein kleiner Teil der Beschwerden war für die Absender:innen erfolgreich, zudem reagierte der Staatspräsident nie persönlich auf die Briefe. Dennoch kommt Vilímek zu dem Schluss, dass sich das Schreiben an den Präsidenten lohnen konnte, da Beschwerden fast immer zu einer erneuten Untersuchung des jeweiligen Anliegens führten.

⁴ Im analysierten Zeitraum gingen ca. 300000 Briefe beim Präsidenten ein. Bei seinen statistischen Aussagen stützt sich der Verfasser vor allem auf Auswertungen der Beschwerdeabteilung des Präsidialamts.

Vilímeks Studie hat für Forschende, die sich mit dem Eingabewesen in der Tschechoslowakei befassen, enormen Wert. Nicht nur bietet sie interessante Einsichten in die banal klingende, aber essentielle Frage, wer eigentlich die Verfasser:innen der Briefe an den Staat waren. Die Fallstudien in Summe liefern auch einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Funktionsweise des Eingabewesens. Als Leser:in wünscht man sich weitere Auswertungen dieser Art, etwa zu den Jahren 1948 bis 1969 oder zu anderen Adressaten.

Mit einem weiteren Adressaten von Bürgerbriefen befasst sich Jaroslav Pažout in seinem Beitrag „Pod dohledem VLKa. Výbor lidové kontroly SSR a agenda stížností, oznámení a podnětů občanů (1971-1990)“ („Unter der Aufsicht des VLK. Der Ausschuss zur Volkskontrolle der Slowakischen Sozialistischen Republik und die Agenda der Beschwerden, Eingaben und Anträge der Bürger (1971-1990)“, S. 90-129). Der VLK war von seiner Gründung 1971 bis zu seiner Auflösung 1990 das höchste Kontrollorgan der Slowakischen Sozialistischen Republik (*Slovenská socialistická republika*) innerhalb der Föderation. Er wurde nicht nur bei direkt adressierten Beschwerden tätig, sondern kontrollierte auch, wie andere Behörden auf Meldungen von Bürger:innen reagierten. In einer detailreichen Analyse beleuchtet Pažout Beschaffenheit und Wandel der Aufgaben, Organisation und Personalstruktur des VLK sowie dessen Zusammenarbeit mit Ministerien und Nationalausschüssen bei der Bearbeitung von Beschwerden. Dabei zeigt er anschaulich, wie schwer sich die Behörde tat, den an sie gerichteten Ansprüchen gerecht zu werden. Der VLK kämpfte zeit seines Bestehens mit internen organisatorischen Defiziten, einer holprigen Zusammenarbeit mit anderen Behörden und einer schwachen Regulierung des Eingabewesens.

Pažouts Studie liefert einen spannenden Blick hinter die Kulissen des VLK als einem wichtigen Empfänger von Bürgerbeschwerden und trägt eine spezifisch slowakische Perspektive zum Themenheft bei. Stellenweise hätte man sich einen stärkeren roten Faden und eine Weiterführung bestimmter Überlegungen gewünscht – etwa, wie die beiden Leiter des VLK, deren Werdegang der Autor schildert, die Arbeit der Behörde prägten oder welche Auswirkungen die Geschlechts- und Altersstruktur der Mitarbeiterschaft auf die Arbeit hatte. Demgegenüber steht aber eine kenntnisreiche Analyse, die klar zeigt, dass nicht nur die Bevölkerung, sondern auch der Staat als eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure zu begreifen ist.

Abgerundet wird der Themenschwerpunkt mit Oldřich Tůmas Beitrag „Průhledy do měnících se nálad společnosti. Československý rozhlas a jeho posluchači v letech 1948-1989“ (Einblicke in die wechselnden Stimmungen der Gesellschaft. Der tschechoslowakische Rundfunk und seine Hörer in den Jahren 1948-1989, S. 130-146). Die tschechoslowakische Bevölkerung richtete ihre Anliegen nicht nur an staatliche Behörden, sondern auch an Presseorgane, das Fernsehen und den Rundfunk. Der Autor argumentiert, dass die Bevölkerung nicht nur eine passive Radiohörerschaft gewesen sei, sondern auch aktiv mit dem Sender in Interaktion getreten sei und sich in Briefen über das Programm sowie allgemeine Themen des öffentlichen Lebens geäußert habe. Dabei steht Tůma vor einer besonderen Herausforderung: Von den tausenden bis zehntausenden Briefen, die monatlich an den Rundfunk gingen, ist heute nichts mehr erhalten. Während Forschende in anderen Archiven sich also vor

Briefquellen oftmals kaum retten können, war der Autor hier auf die (glücklicherweise ausführlichen) Auswertungen und Berichte angewiesen, die die Redaktionen für die Rundfunkleitung verfassten. Aus ihnen lässt sich nicht nur nachvollziehen, worüber die Absender:innen schrieben, sondern auch, wie sich ihre Haltung zum Rundfunk wie auch zum Regime mit der Zeit wandelte. Tůma identifiziert vier Phasen der Interaktion: Von 1948 bis in die 1950er Jahre habe der Rundfunk vor allem als Propagandaorgan des Regimes fungiert, dessen Botschaften sich viele Zuhörer:innen in ihren Zuschriften aneigneten. Jedoch seien auch kritische Stimmen in den Briefen zu erkennen, die beispielsweise den hohen Anteil russischer Musik im Programm kritisierten. Mit der Liberalisierung der 1960er Jahre sei der Rundfunk programmatisch vielfältiger und inhaltlich kritischer geworden. Auch die Hörerschaft hätte sich an Diskussionen zur Programmentwicklung beteiligt und immer mehr internationale politische Entwicklungen kommentiert. Während des Prager Frühlings unterstützten die Hörer:innen die demokratischen Reformen und protestierten gegen den Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts im August 1968. In der Normalisierung habe sich der Rundfunk erneut zu einem Sprachrohr staatlicher Propaganda entwickelt – und sein Publikum teilweise verloren, wie Tůma aus den zunehmend formalisierten Berichten schließt, die kritische Stimmen nicht mehr aufgriffen. Insgesamt, so sein Fazit, lasse sich aus den Quellen zwar kein vollständiges Bild öffentlicher Diskussionen ablesen. Jedoch könne man Wandel in der Haltung der Bevölkerung zu bestimmten Themen und über die Jahre nachvollziehen.

Tůmas Studie zeigt einen Weg auf, Interaktionen zwischen der Bevölkerung und einer öffentlichen Instanz trotz schwieriger Quellenlage zu analysieren. Sie verdeutlicht das Potenzial jener Quellen, die in Reaktion auf die eigentlichen Briefe entstanden sind. Zudem gelingt es dem Autor, den Rundfunk als vielseitigen Akteur zu analysieren. Tůmas Studie fällt deutlich kürzer aus als die anderen Beiträge und so hätte es sich sicherlich noch gelohnt, die Erwartungshaltungen der Zuhörer:innen näher zu betrachten, die sich vom Rundfunk auch Hilfe bei Konflikten mit dem Staat erhofften. Dennoch bietet der Artikel spannende Erkenntnisse über die Rolle der Medien im tschechoslowakischen Eingabewesen.

Der Themenschwerpunkt der „Soudobé dějiny“ liefert einen wichtigen Beitrag zur Forschungsdiskussion um Bürgerbeschwerden als historische Quellen. Seine größte Stärke liegt in der Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven sowie in der differenzierten Betrachtung der Akteur:innen, die mit den Beschwerden befasst waren. Insbesondere bezüglich der Adressaten trägt das Heft somit dazu bei, eine Forschungslücke zu schließen. Zudem gelingt den Autoren eine ausgewogene Mischung zwischen strukturellen Betrachtungen und konkreten Fallstudien. Anschauliche Beispiele und Zitate machen die Beiträge darüber hinaus zu einer anregenden Lektüre.

Das Thema hält noch so manche offene Frage und noch zu erforschende Perspektive bereit – eine Vertiefung der slowakischen Perspektive, die den Inhalt der Briefe in den Blick nimmt, beziehungsweise ein tschecho-slowakischer Vergleich bleiben ein Desiderat. Das schränkt die Leistung dieses Themenheftes jedoch keinesfalls ein, denn auf dessen Beiträge wird man bei zukünftigen Forschungen sicher gerne zurückgreifen.